



Ein Absage an Kontingente und andere diskriminierende Massnahmen

Referat von Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Die SP hat an der Delegiertenversammlung in Malleray Ende März in einer Resolution die roten Linien bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative dargelegt. Diese roten Linien kommen auch bei der Bewertung der bundesrätlichen Eckpunkte zur Anwendung und darum hat die SP vor zehn Tagen nochmals betont, dass sie keine Diskriminierung der ausländischen Arbeitskräfte dulden wird. Die überwunden geglaubte Epoche einer rein wirtschaftsorientierten und menschenverachtenden Migrationspolitik zu Lasten der Kurzaufenthaltenden und entsandten Arbeitnehmenden darf nicht wieder Realität werden.

Dem Liebäugeln der Wirtschaft mit der Idee, ein neues Migrationskonzept auf dem Buckel von temporärangestellten Kurzaufenthaltenden und Asylbewerbenden umzusetzen, erteilen wir eine klar Absage.

Die Stimmenden haben am 9. Februar weder die engen Beziehung mit der Europäischen Union noch unsere humanitäre Tradition in Frage gestellt. Beides stand und steht nicht zur Disposition. So muss das Asylrecht von jeglicher geplanter Steuerungsversuche der Zuwanderung ausgeschlossen bleiben: Es dürfen nie wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle spielen, wenn verfolgte Menschen in unserem reichen Land Zuflucht sagen. Das zu tun, wäre ein klarer Bruch mit unserer humanitären Tradition.

Darum folgen die heute präsentierten Vorschläge den grundlegenden sozialdemokratischen Werten und Prinzipien. Die Migrationspolitik muss im Arbeitsmarkt allen Lohnabhängigen die gleichen Chancen einräumen und nicht nur den Privilegierten. Und dazu gehören auch die Bemühungen für eine Integration zur Zugewanderten, weil wir nicht einfach Arbeitskräfte in die Schweiz holen, sondern Menschen. Das hat Max Frisch den Schweizerinnen und Schweizern schon vor 50 Jahren ins Gewissen geredet, aber wie man leider feststellen muss, ohne grossen Erfolg.

Auf das Unbehagen der Bürgerinnen und Bürger, die die Öffnung und die Globalisierung immer skeptischer betrachten, reagiert die SP mit wirtschaftspolitischen und migrationspolitischen Reformen, die pro Kopf Mehr Wohlstand und Lebensqualität bringen sollen. Dieser Schritt soll nicht durch Kontingente, sondern durch längst fällige innere Reformen erfolgen, die auch die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Diese hat meine Kollegin Susanne Leutenegger Oberholzer eben erläutert.

Die SP verzichtet heute sehr bewusst sich auf eine Diskussion über die ideale Höhe der Zuwanderung auszusprechen, weil eine solche Aussage keinen Sinn macht. Ob die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich eine Zuwanderung unterstützen, hängt davon ab, ob mit den oben genannten Reformen die Voraussetzung geschaffen worden sind.

Mit diesen Vorschlägen knüpft die SP an die vom Bundesrat präsentierten Eckpunkte an und möchte eine Debatte in der Öffentlichkeit lancieren darüber, was für eine Schweiz wir wollen: Ein Land, das mit einem bürokratischen Kontingentsystem seine Werte verrät, sich europäisch isoliert und auf die Anwerbung von kurzzeitigen Billigarbeitskräften setzt. Oder eine Schweiz, die ihre Hausaufgaben im Bereichen der Bildung, der Raumplanung, des Arbeitsmarkts etc. macht und darum nicht mehr einseitig von Fachkräften aus dem Ausland abhängig ist.

Wirtschafts- wie aussenpolitisch darf auch nie vergessen werden, was derzeit bei dieser Frage auf dem Spiel steht: Die Schweiz ist auf engste mit dem europäischen Binnenmarkt verknüpft und auch politisch eng mit seinen Nachbarstaaten verbunden. Die Umsetzungsüberlegungen zu dieser Initiative dürfen diese engen Beziehungen nicht gefährden. Nach einer Phase der grossen Verunsicherung nach dem 9. Februar muss erneut ein auf Vertrauen und Verlässlichkeit basierender Konsens gefunden werden. Es ist absehbar, dass dazu in irgendeiner Form eine erneute Klärung an der Urne notwendig sein wird.

Diese Vorschläge wird die SP anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung Ende Oktober in Liestal diskutieren und weiterentwickeln. Damit bereitet sich die SP auf die für Ende Jahr angekündigte Vernehmlassung zu den Umsetzungsvorschlägen des Bundesrates vor.